

# GRUSSWORT



**Georg Eisenreich, MdL**  
Staatsminister der Justiz

**K**eine Krise seit dem Zweiten Weltkrieg war und ist mit so vielen Einschränkungen verbunden wie die Corona-Pandemie. Diese Beschränkungen sind schmerzhaft, ihre wirtschaftlichen Folgen erheblich. Aber Beschränkungen sind notwendig, um Leben und Gesundheit zu schützen, um die Funktionsfähigkeit des Gesundheitssystems zu erhalten und diese Krise gemeinsam bestmöglich zu überwinden.

Eine der zentralen Fragen ist dabei das Spannungsverhältnis zwischen den staatlichen Schutzpflichten für Leben und Gesundheit einerseits und den Freiheitsgrundrechten andererseits. Viele Bürgerinnen und Bürger waren zum ersten Mal mit erheblichen staatlichen Eingriffen in ihre Grundrechte konfrontiert.

---

Mit zunehmender Dauer der Krise wurden die Diskussionen um die Geeignetheit, Erforderlichkeit und Angemessenheit der Maßnahmen immer intensiver und auch kontroverser geführt. Diese Diskussionen sind aus meiner Sicht notwendig und richtig, sie zeugen von einer lebendigen Demokratie.

Auch über das Zusammenspiel der Staatsgewalten und ihr Verhältnis zueinander wird in der Krise zu Recht nachgedacht. Nicht allein die Exekutive entscheidet über die Maßnahmen. Wesentliche Weichenstellungen werden in den Parlamenten debattiert und zum Teil auch beschlossen wie z. B. Änderungen des Infektionsschutzgesetzes des Bundes. Verordnungen und Anordnungen der Exekutive werden in zahlreichen Verfahren durch unabhängige Gerichte auf ihre Rechtmäßigkeit überprüft. Ebenso gibt es die Möglichkeit, Gesetze durch die Verfassungsgerichte auf ihre Verfassungsmäßigkeit überprüfen zu lassen.

Die vorliegende Publikation soll einen Beitrag zur fachkundigen Begleitung dieser Diskussionsprozesse leisten und die Frage nach der Reichweite und den Grenzen unserer Freiheitsgrundrechte in der Pandemie aus der Sicht unterschiedlicher Disziplinen beleuchten.

Ich wünsche Ihnen eine informative Lektüre.

///